

haben. Er hat eine Kiste erhalten. Seitdem sind der „Reinlichen Republik“ große Summen zufließen, Summen, die zweifellos einem französischen und einem spanischen Fonds entnommen sind. Daher die deutschfeindliche Außenpolitik des Hautes. Die Unabhängigen haben in Köln mit den Engländern verhandelt, sie reiten ins Ausland und lassen in der Pariser „Humanität“ Schmarbazzel los. Sie haben die Möglichkeit, in besseren Friedensbedingungen zu kommen, vernünftig. Auch das mußte einmal gesagt werden; der Vordereit hat aber doch wohl auch die Tatsache erinnert werden, daß Herr Erzberger reinheits in Weimar das Haupt derjenigen gewesen ist, die mit dem größten Eifer für eine Unterzeichnung ohne Vorbehalt eingetreten sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Reichsfinanzminister damals auch ideal am gleichen Strang gezogen habe, wie Haase und Cohn. Sowie das aber wohl gelagert werden, daß Erzberger seinerzeit gegenüber den Drohungen der Unabhängigen nicht den Mut aufgebracht hat, der im Interesse der Sache zu wünschen gewesen wäre. Das ist deshalb schade, weil dadurch dem in jeder Hinsicht anerkanntesten Vorkopf Deutschlands die äußerste Seite die letzte Schärfe genommen wurde, um so mehr, als derselbe seine zuvor ausdrückliche für Erzberger eintrat war.

So acht es leider bei allen Aktionen der Reineren, immer ist ein reinliches Kompromiß dabei. Wie kommt es zu einem geradlinigen Vorgehen, zu einem konsequenten Handeln. Was nützen denn die lehrhaften Reden, die schärfsten Angriffe gegen die Propheten der Diktatur des Proletariats, wenn schließlich die praktische Politik doch immer einseitig und abgestimmt wird auf die Schlagworte der Straße? So war es beim Reichsnotopfer, über dessen volkswirtschaftliche Schädlichkeit sich auch die Mehrheitsparteien nicht im Unklaren sind, so war es beim Betriebsratsgesetz, so wird es sein bei der Einkommensteuer. Die Unabhängigen sitzen nicht in der Regierung, sie wirken aber durch ihre Propaganda der Straße, durch ihre universitäre und ruffähliche Debatte häufig auf die Gesetzgebung ein, also treiben sie eine parteiliche Partei. Den Mehrheitsparteien bestimmen die Massen zu entlassen, und deshalb machen die Diktatur und seine, die Bauer und Schmidt eine Politik, die auf der einen Seite durch große Worte den Eindruck selbststärkerer Stärke erwecken soll, auf der anderen aber durch auf darauf angelegte ist, durch immer neue Jugendsünden an den Radikalismus der Massen bei der Sprache zu halten. So aber wird man mit den Radikalen nicht fertig. Ebenso muß der Müß, durch gewaltige Debatte gegen die Rechte übernehmbarkeit zu beweisen, auf die Dauer verfallen. Der parlamentarischen Schauspielerei ist das Volk nachgerade müde geworden. Darin will man leben. Eine Zeit ist es aber schließlich doch nicht, wenn man Zeitungen verbietet und den Belagerungszustand decretiert, im übrigen aber sich in eine Konfession in radikaler Gesetzgebung mit der Partei des bewussten und offenen Umsturzes einläßt. Man überschätzt in der Regierung die Institutionen, überschätzt die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit. Es kommt heute gar nicht darauf an, daß unsere Wirtschaft umgestaltet werde, daran an sich liegt auch dem Arbeiter wenig. Die Hauptfrage ist, daß eine geordnete Form der Wirtschaft und der Politik überhaupt bestehen bleibe, daß Arbeit wieder möglich werde und Erziehung, weil nur so das Volk laut und zufrieden werden kann. Die Verordnungen hat man uns lange genug gefüttert, jetzt endlich müßten wir gerne Ordnung haben. Die aber werden wir nur bekommen, wenn die Regierung hört wie bisher nur mit Worten, endlich mit entschlossener Tat der Unordnung und denen, die auf sie ihre Hoffnung setzen, zu wehe rät. Namentlich ist aber noch ein anderes: die Regierung muß Vertrauen haben im Volk, denn dann erst hat sie die irdliche Rechtfertigung in ihrem Tun. Dieses Vertrauen erreicht sie heute nicht, und wird es schwerlich erlangen können, solange sie sich von einem Manne wie Erzberger führen läßt. Darüber wird sich wohl auch der preußische Minister des Innern, der ja ein tüchtiger Mann ist, noch einmal klar werden. Vielleicht ist es dann aber zu spät.

Prinz Max über die Auslieferung.

Konstanz, 31. Jan. Wie die „Konstanz. Nachr.“ melden, hat Prinz Max von Baden dem amerikanischen Journalisten F. A. Brown auf die Bitte, sich über das Auslieferungsbegehren der Entente zu äußern, eine Antwort gegeben, in der er u. a. heißt: Die Frage, ob ich es für eine vaterländische Pflicht halte, daß der einzelne Deutsche sich dem Auslieferungsverlangen fügt, möchte ich dahin beantworten: Das ist eine wissenschaftliche Frage. Man kann denken die höchste Bewunderung nicht vertragen, die sich ohne solche Doffnung auf Gerechtigkeit einem grausamen und rachsüchtigen Feinde preisgeben, um ihrem Vaterlande Schwertgefahren zu ersparen. Aber es ist sinnlos, Steine auf Männer zu werfen, die es absehen, sich zu stellen. Sie können sehr wohl mit Theodor Barth der Meinung sein, daß in der Politik Unrecht dulden auch Sünde ist. Die allierten und assoziierten Regierungen sind durch die Fortsetzung der Mode während des Waffenstillstandes, durch den Verfall der Frieden und seine Handhabung schuldig geworden an Not und Tod von Millionen. Sie haben nicht billig gehandelt. Sie haben planmäßig das europäische Chaos herbeigeführt, während sie alle Nachmittel in der Hand hatten, das größte Rettungswerk der Weltgeschichte zu vollbringen. Wenn diese Regierungen heute noch sich vermehren, als Träger der göttlichen Ordnung über Verbrechen gegen die internationale Moral zu Gericht zu sitzen, so ist das Blasphemie. Ich trete jetzt durchaus dafür ein, daß eine internationale Konferenz die internationalen Verbrechen sühnt. Eine internationale Konferenz, die das moralische Recht zum Richter hätte, bezieht noch nicht. Sie kann erst gelassen werden, wenn der Friedensvertrag von Versailles revidiert und seine Bestimmung von den feindlichen Völkern abgelehnt sein wird. (W. T. B.)

Abweisung der deutschen Note.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Genf, 31. Jan. Eine japanische Note von gestern abend meldet, daß die alliierten Mächte keine Nachprüfung ihrer Beschlüsse über die Aburteilung der Kriegsverbrechen vornehmen werden. Damit ist dem „Journal“ zufolge die deutsche Note gegen die Auslieferung von Deutschen an die Entente als abgewiesen anzusehen.

Erst Auslieferung, dann Völkerbund.

Basel, 31. Jan. Die „Information“ meldet aus Paris, daß in der letzten Sitzung des neuen Ministerrats auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde besprochen wurde. Millerand erklärte, diese Frage werde erst sprudeln sein, wenn die Angelegenheit der Auslieferung geregelt sei und Deutschland bewiesen habe, daß es seinen Verpflichtungen des Friedensvertrages nachkomme.

Frankreich befestigt seine Ostgrenze.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Basel, 31. Jan. Am letzten Montag ist im Ministerrat zwischen Basel und Straßburg mit der Vorarbeit auf französischer Seite für die Errichtung neuer Fortifikationen gegen die deutsche Grenze begonnen worden.

Die Schweiz und der Völkerbund.

Bern, 31. Jan. Die erste der gestern vom Bundesrat fertiggestellten Noten an das Sekretariat des Völkerbundes ergeht den Völkerbundsrat, die die Schweiz besonders beruhigenden Fragen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung in London zu legen. Die zweite Note folgt dem Standpunkt des Bundesrates hinsichtlich der immerwährenden Neutralität der Schweiz annehmen und dringt darauf, daß der Völkerbundsrat in einer eingehenden Erklärung besonders die Rechtslage der Schweiz im Völkerbunde feststellt. (W. T. B.)

Roske gegen die Massenklindigungen von Landarbeitern.

Berlin, 31. Jan. Als Inhaber der vorliegenden Gewalt hat der Reichswehrminister Roske den Militärbevollmächtigten für Pommern folgende Anweisung erteilt: Die Massenklindigungen von Landarbeitern in der Provinz Pommern sind sich zu einer sehr ernsten wirtschaftlichen und politischen Gefahr aus. Die Entlassung Tausender von Arbeitern, die meistens durch unerfahrene Kräfte erlitten werden könnten, stellt eine Gefährdung lebenswichtiger Betriebe dar und muß dazu führen, die unzulängliche Ernährung der Bevölkerung im nächsten Jahre weiter zu verschlechtern. Aber auch die Ruhe und Ordnung im Lande wird ernstlich gefährdet. Abziehende Arbeiterfamilien würden in die Städte strömen müssen, wo die Wohnungsmittel schon erschöpfenden Umfang angenommen hat. Familien, die keine andere Arbeitstätte finden, werden sich weigern, abzugeben. Daraus müßten gefährliche Konflikte entstehen, die sich bis zu blutigen Ausschreitungen steigern könnten. Die erlassenen Massenklindigungen sind daher von Ihnen als unwirksam zu erklären. Entlassungen von Landarbeitern sind nur zulässig bei Nachweis zwingender Gründe. Von einem Schlichtungsausschuß wegen der Beilegung der Differenz zwischen dem Landbau und der Arbeiterorganisation sind mit größter Beschleunigung von Ihnen Verhandlungen einzuleiten. Ueber den Verlauf der Dinge ist mir fortlaufend Bericht zu erstatten.

Der „Vol.-Anz.“ bemerkt dazu: Die hier bekämpften Arbeiterentlassungen dürften damit zusammenhängen, daß die Landwirte ihre Felder nicht bestellen können, weil ihnen Saatgut und Düngemittel fehlen, während die Arbeit von vornherein unlohend erscheint. Es gilt also zunächst die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktion zu schaffen. Dann wird auch die Landarbeitertätigkeit befriedigend gelöst werden.

Die Diebstähle bei der Eisenbahn.

Berlin, 31. Jan. In der preussischen Landesversammlung führte Eisenbahnminister Deter aus, daß im Jahre 1913 für die Eisenbahnwerkstätten 62 Millionen Mark ausgegeben wurden, 1914 dagegen 200 Millionen Mark, 1915 bereits 828 Millionen Mark, 1920 nun aber gar 2 858 Millionen Mark. Die Verluste durch Diebstahl — man ist ja in letzter Zeit nach den Vorformulissen in Jüterbog, Jossen usw. nicht gerade verwöhnt — ist ganz ungeheuerlich.

Im letzten Jahre wurden allein an Werkstätten für 5 989 990 Mk. gestohlen.

Im Dezember mußten 1700 Eisenbahnbedienstete wegen Diebstahls festgenommen werden. Leider sind auch treue Beamte bei der Verfolgung von Dieben zu Schaden gekommen. In den Werkstätten haben die Vorgesetzten vielfach aus Bequemlichkeit und aus Furcht vor Bedrohung die Jägel steifen lassen. Dagegen wird eingeschritten werden, ebenso wie gegen diejenigen, die die Arbeit hindern wollen. In Grünwald mußten zwei Beamte entlassen werden, weil sie die Arbeiter aufgeföhrt, überhaupt nicht zu arbeiten, damit die Regierung geklärt würde. Wegen solche Elemente werden wir mit aller Entschiedenheit vorgehen. (Beifall.) Es darf nicht unangenehm politisiert, es muß in den Werkstätten gearbeitet werden. Zeit der Schließung der Werkstätten haben sich mehr Arbeiter zur Arbeit gemeldet, als wir einnehmen können. (Beifall.) Auch hier zeigte sich wieder, daß diejenigen, die die Unruhen verursacht hatten, sich auch wieder meldeten. (Beifall.) (Hört! Hört!) Besonders in Breslau waren die Radikalen als die ersten zur Stelle. (Erneutes Hört! Hört!) Es ist so wie in Berlin, wo als die Werkstätten wieder geöffnet wurden, nach dem Streik Spartakus als erster vor den Türen stand. (Hört! Hört!) Ich hoffe, daß die Werkstätten schon am Montag ihre Arbeiten wieder aufnehmen können. (Beifall.)

Arbeitswillige für die preussischen Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 31. Jan. Wie die Abendblätter melden, haben sich nach den bisher vorliegenden amtlichen Berichten in allen den Eisenbahnwerkstätten, die durch den Erlaß des preussischen Eisenbahnministers geschlossen waren, zu den neuen Arbeitsbedingungen Arbeitskräfte in so großer Zahl gemeldet, daß sämtliche Betriebe in kürzester Zeit die Arbeit voll wieder aufnehmen werden.

Frankfurt, 31. Jan. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Die Hauptverkefart wird am Dienstag, den 3. Februar, wieder eröffnet werden. (W. T. B.)

Elektrische Bahnen in Bayern.

München, 31. Jan. Zum 1. Februar wird bei der Eisenbahndirektion München eine neue Bauinspektion für den elektrischen Eisenbahnbau errichtet. Sie umfaßt die beiden Linien München-Garmisch-Partenkirchen und Tutzing-Rochel. — Der Personenverkehr in Bayern hat auf allen Haupt- und Nebenlinien wieder begonnen.

Streikverbot im beseigten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Genf, 31. Jan. Der „Tamps“ meldet: Die hohe Kommission für das besetzte Gebiet hat am 28. Januar ein allgemeines Streikverbot für die Verlehrsanstalten, Bergwerke und Lebensmittelfabriken erlassen. Uebertretung des Verbotes wird mit der Aburteilung wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee bestraft.

Liquidation deutschen Eigentums in Belgien.

Berlin, 31. Jan. Die belgische Regierung veröffentlicht einen Gelebenswurf über die Liquidation des deutschen Eigentums. Eine Liquidation von Mobilien ist danach vollständig ausgeschlossen.

Die Ostropa-Angelegenheit.

Berlin, 31. Jan. Da die schritten Verhandlungen im Helfrich-Prozess des Namens Erzberger durch die Wechseltführung der Ostropa-Gesellschaft m. b. H. zutage gebracht haben, hat der Erie Staatsanwalt beim Landgericht I sofort das Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. (W. T. B.)

Das Hochwasser der Warthe und Elbe.

Piech, 31. Jan. Das Hochwasser der Warthe ist in händigem Steigen begriffen und hat bereits einen Stand erreicht, der für die Deiche gefährlich ist. Der dortige Warthebruch steht unter Wasser. An zwei Stellen oberhalb und unterhalb des Ortes Piech ist der Deich unteripfakt. Es muß stündlich mit einem Dammdurchbruch gerechnet werden, dessen Folgen gar nicht voraussehen sind. Der Deich selbst ist nicht gefährdet, dagegen sind die Ausbenten in schwerer Gefahr und werden zurzeit von Menschen, Vieh und Gerät geräumt. Das Hochwasser der Elbe hat die kleinen Städte Dammberg und Olsader vollständig unter Wasser gesetzt. Der Dammberg Bahnhof ist nur noch auf dem Wasserwege mit Rähnen zu erreichen. Im Dammberg herum ist alles eine ungeheure Wasserschicht. Von viel gelegenen Häusern, Ställen und Scheunen steht nur die Dächer, und in den Strohen fahren Gondeln umher und verunreinigen den Verkehr. Die Scheunen sind geföhrt. Eine Anzahl von Häusern ist geräumt worden. In Olsader sieht in vielen Häusern das Wasser in den Stuben. Der Stand benachbarter Wirtschaftsbäude ist nur an den aus dem Wasser ragenden Dächern zu erkennen.

Unter der Herrschaft des Feindes.

Köln, 31. Jan. In Köln erichoh am vergangenen Sonntag ein französischer Soldat einen vor kurzem erst aus der Gefangenenschaft zurückgekehrten 3 Jährigen, der mit seiner Frau in den südlichen Anlagen spazieren gien. Der Franzose, der das Paar vorher bedrängt hatte, war unter Zurücklassung des Revolvers geföhrt. Der Verlepte hat nach einer Stunde. Es wurde eine Kommission zum französischen Stadtkommandanten geschickt, die folgendes als Sühne für die Tötung des einer angesehenen Familie angehörenden Jülicher Bürgers verlangte: 1. Gerichtliche Verurteilung des Schuldigen; 2. Verbot des Waffentragens; 3. Entfernung der Kolonialtruppen. (Der Vater soll Ausbildungsunteroffizier bei ihnen gewesen sein.) Diesen drei Forderungen wurde der „Frankf. Anz.“ zufolge von der Militärbehörde stattgegeben.

Schurkenstreich eines deutschen Schutzmannes.

Frankfurt a. M., 31. Jan. Am 28. d. M. erkundigten sich acht deutsche Soldaten, darunter der aus Frankfurt a. M. kommende Leutnant Wumm v. Schwarzenstein, die aus französischer Gefangenenschaft geföhrt waren, in Höchst a. M. bei dem Schutzmann Nr. 8, wie sie wohl am besten durch die Sperre ins unbesetzte Gebiet kämen, wobei sie aus ihrer Munde kein Wort machten. Der Schutzmann ersuchte sie, sich etwas zu bezahlen. Er werde ihnen weiße Armbinden besorgen, und dann könnten sie ungehindert durchkommen. Später kam der Schutzmann mit einem Duzend französischer Soldaten zurück und erklärte die acht Mann für verhaftet. Fünf der Leute, darunter der Offizier, wurden sofort nach Frankfurt zurückgeschickt, während drei Mann in ein Ratzer Krankenhaus gebracht wurden, wo es ihnen gelang, zu entkommen. Am Sonntag erreichten sie Frankfurt und meldeten ihre Ergebnisse mit dem deutschen Schutzmann in Höchst.

Wenn diese Meldung zutrifft, gehört der Schutzmann Nr. 8 in Frankfurt a. M. zu den Schurken, deren Namen man sich merken muß! Für später!

Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

London, 31. Jan. (Havas.) Aus Tokio wird gemeldet: Der Minister des Auswärtigen erklärte, die Regierung habe Schritte eingeleitet, um das Bündnis zwischen England und Japan zu erneuern.

Belagerungszustand in Indien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Rotterdam, 31. Jan. Der Vizekönig von Indien hat am 19. Januar den Belagerungszustand über Indien erklärt.

Rotterdam, 31. Jan. Die in Kairo mit Gewalt niedergehaltene ägyptische Freiheitsbewegung kam vorgeiern in Tanta wieder zu blutigem Ausbruch. In der Nacht griff die ägyptische Bevölkerung die aus indischen Truppen bestehende Belagerung an. Es kam zu einem Straßenkampf, der stundenlang dauerte. Vier Soldaten wurden tödlich verwundet. Am anderen Tage wurden aus Kairo Verstärkungen herangezogen. Ein Demonstrationzug wurde von britischen Soldaten mit Feuer empfangen, und als die Eindringenden sich zu verteidigen suchten, ließ der kommandierende Offizier das Feuer aus Maschinengewehren eröffnen. 20 Ägypter wurden getötet und 50 verwundet. In der Stadt ist der Belagerungszustand proklamiert. Zahlreiche Personen sind verhaftet worden.

Die Reorganisation des englischen Heeres.

London, 30. Jan. (Reuter.) Ueber die Reorganisation des Heeres sprechend, erklärte Churchill: Neben dem regulären Heere würde ein territoriales Freiwilligen-Heer in Kriegshärte von 345 000 Mann bestehen. Dieses Heer sei für die Verteidigung des Reiches, einschließlich der Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien, bestimmt. (W. T. B.)

Der neue Name Deutsch-Ostafrikas.

London, 31. Jan. (Havas.) Das Kolonialamt gibt bekannt, daß Deutsch-Ostafrika von jetzt an den Namen „Tanganika-Gebiet“ führt. (W. T. B.)

Der nächste Krieg.

Der „Nieuwe Courant“ meldet drablos aus London, daß der australische Premierminister Hughes in einer Rede in Melbourne sagte, der nächste Krieg werde wahrscheinlich im Stillen Ocean ausbrechen. Er erklärte: „Wir müssen bereit sein, um zu lazen: Bis hierher und nicht weiter!“ Australien sei von Ländern umringt, die gierig auf Australien seien.

Der Tassche Vorbehalt zu Art. 10 des Versailler Vertrags.

Washington, 31. Jan. Der von Tass abgefaßte Text des Vorbehaltes zu Artikel 10 des Friedensvertrages lautet folgendermaßen: Die Vereinigten Staaten weigern sich, vertrauliche, gesetzliche oder andere Verpflichtungen auf sich zu nehmen oder Garantien einzugehen hinsichtlich der Unverletzlichkeit des Gebietes eines fremden Staates oder seiner politischen Unabhängigkeit, wie sie im Artikel 10 des Friedensvertrages vorgesehen sind. Sie weigern sich, Verpflichtungen zu unterzeichnen, nach deren Wortlaut die Vereinigten Staaten gehalten wären, zu irgendeinem Zwecke von den Land- und Seestreitkräften Gebrauch zu machen gemäß den Bestimmungen irgendeines Artikels des Friedensvertrages. Jedoch könnte der Kongreß, der nach der Staatsverfassung allein die Macht dazu hat, über Garantien in besonderen und ausnahmsweisen Fällen hinsichtlich moralischer Verpflichtungen Beschlüsse fassen, wenn dazu ein Anlaß vorliegt. Er könnte den Vereinigten Staaten ihre Haltung vorschreiben, wenn es sich darum handeln würde, die Erfordernisse des Weltfriedens und der Gerechtigkeit zu wahren. Er könnte unter diesen Umständen ihnen ihre Stellungnahme vorschreiben und die daraus sich ergebenden Maßnahmen treffen. (W. T. B.)

Die in Brasilien beschlagnahmten deutschen Schiffe.

Paris, 31. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Rio de Janeiro veröffentlicht die Regierung eine Note, worin sie über die Verhandlungen seit der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Brasilien bis zur Friedenskonferenz berichtet, die Brasilien das Recht zuerkannt habe, gegen Entschädigung an andere Nationen die Schiffe zu erwerben. Die Regierung habe von amerikanischen Firmen Kaufangebote erhalten, die sie grundsätzlich angenommen habe, weil sie überzeugt sei, daß dieser Verkauf den höheren Interessen des Landes entsprechen würde. Jedoch habe die Regierung Frankreich für den Kauf der Schiffe unter gleichen Bedingungen das Vorkaufsrecht angeboten. Die französische Regierung, die keine sofortige Antwort geben konnte, habe von Brasilien verlangt, ihr das Vorkaufsrecht zu belassen und gleichzeitig Bedingungen für den späteren Verkauf festzusetzen. (W. T. B.)

Keine deutsch-italischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 31. Jan. Anderweitigen Meldungen gegenüber erfahren wir, daß deutsch-italische Friedensverhandlungen keine Aussicht haben. Die deutsche Regierung hat sich zwar bereit erklärt, italienische Vertreter zu empfangen, hat es aber abgelehnt, eine Schiedsgerichtliche Verhandlung gemäß dem Versailler Vertrag zwischen Italien und Deutschland anzuerkennen.